

300.000 neue Beschäftigungsangebote für Bürgergeld-Empfänger*innen

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, arbeitslose Menschen in Arbeit zu bringen. –
Wir können Arbeit für alle bieten!

Noch immer hält sich der Glaube, der Arbeitsmarkt reguliere sich von selbst – und wer im Bürgergeld verbleibt, sei schlicht nicht willig zu arbeiten. Beides ist falsch. Hunderttausende Menschen *wollen* arbeiten, doch finden keine passende Stelle: fehlende Qualifikationen, gesundheitliche Einschränkungen oder lange Erwerbspausen stehen im Weg. Sanktionen und Druck lösen dieses Problem nicht – sie verschärfen es.

Die Lösung liegt längst auf dem Tisch

Sozialunternehmen bieten seit Jahrzehnten stabile Brücken in Arbeit, Qualifizierung und gesellschaftliche Teilhabe. Sie zeigen täglich: Wer unterstützt wird, findet zurück in Beschäftigung und stärkt gleichzeitig das Gemeinwesen. Und dort, wo der direkte Weg in den ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist, schafft Beschäftigung trotzdem Sinn, Anerkennung und soziale Teilhabe.

Beschäftigung ermöglicht:

- **Stabilität und Teilhabe:** Tagesstruktur, sinnvolle Aufgaben und soziales Miteinander
- **Arbeit im Gemeinwohl:** Recycling, Grünpflege, Sozialkaufhäuser, Quartiersarbeit u.v.m.
- **Sprungbrett in die Wirtschaft:** passgenaue Vermittlung und Begleitung
- **Qualifizierung:** niedrigschwellig und praxisnah
- **Individuelle Unterstützung:** professionelle Begleitung statt Druck

Ohne Beschäftigung keine Perspektive

Arbeit ist mehr als Einkommen. Sie bedeutet Teilhabe, stärkt Demokratie, schützt vor Altersarmut und eröffnet Perspektiven für Familien. Ohne verlässliche Strukturen bleiben hunderttausende Menschen dauerhaft ausgeschlossen – ein Verlust für sie *und* für unsere Gesellschaft.

Unser Appell an die Politik:

:

- **Rahmenbedingungen schaffen**, damit zusätzliche Beschäftigungsangebote möglich werden
- **Überholte Hürden abbauen:** Wettbewerbsneutralität und Zusätzlichkeit bei Arbeitsgelegenheiten (AGH) sind realitätsfern und müssen gestrichen werden
- **Teilhabe-Arbeit nach §16i SGB II ausweiten**, statt Druck und Sanktionen zu verschärfen

Breites Bündnis – klare Botschaft

Das Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe und viele Partner*innen stehen für diesen Kurs: **Gegen Ausgrenzung und Spaltung – für Arbeit für alle.** Die Strukturen sind da, die Konzepte funktionieren – jetzt braucht es auch den politischen Willen.

Zum Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe:

Das Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe ist ein Verbund von rund 260 Sozialunternehmen, organisiert in Landesverbänden und Arbeitsgemeinschaften in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die in den Organisationen tätigen Praktiker*innen sammeln seit vielen Jahren wertvolle Erfahrungen im Umgang mit (langzeit-)arbeitslosen Menschen und bei der Umsetzung von Angeboten zur Aktivierung, Ausbildung, Weiterbildung und Beschäftigung. Im Bundesnetzwerk wird diese langjährige Erfahrung und Expertise zentral gebündelt.

Das Bundesnetzwerk setzt sich für die Belange (langzeit-)arbeitsloser Menschen ein und ist Ansprechpartner für Politik und Verwaltung in Fragen der Arbeitsförderung. Die Landesverbände und Arbeitsgemeinschaften bilden dabei die Schnittstelle zwischen Bundes- und Landesarbeitsmarktpolitik. Ihre Mitgliedsunternehmen bieten sinnstiftende Projekte zur Beschäftigung, Qualifizierung und Förderung der beruflichen Teilhabe.

Neben politischen Gesprächen und Netzwerktreffen veranstaltet das Bundesnetzwerk regelmäßige Fachtage, an denen die Entwicklungen und Perspektiven des sozialen Arbeitsmarktes aus Sicht der Politik, der Verwaltung, der Wissenschaft sowie der Praktiker*innen diskutiert und Impulse zur Weiterentwicklung erarbeitet werden.

Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe
c/o Verband für Arbeit, Bildung und Integration, Silbersteinstraße 33 in 12051 Berlin
Presseanfragen: Maria Klameř, 0162 2454 658